

Name: _____

Anschrift: _____

Erklärung

Gemäß § 44a Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) soll zu dem Amt als ehrenamtlicher Richter nicht berufen werden, wer

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat
oder
2. wegen einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des § 6 Abs. 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272) oder als diesen Mitarbeitern nach § 6 Abs. 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellte Person für das Amt eines ehrenamtlichen Richter nicht geeignet ist.

Die o. g. Umstände liegen bei mir nicht vor.

Die o. g. Umstände liegen bei mir vor (Berufung zum/r ehrenamtlichen Richter/in evtl. nicht möglich).

Begründung:

Ich nehme außerdem zur Kenntnis, dass gemäß § 44b Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes ein ehrenamtlicher Richter von seinem Amt abgerufen ist, wenn nachträglich in § 44a Abs. 1 des Gesetzes bezeichnete Umstände bekannt werden.

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

Fragebogen

(Die nachstehenden Fragen sind genau zu beantworten, Striche genügen nicht)

1. Name, Vornamen (Rufname unterstreichen):
ggf. Geburtsname: _____
2. Geburtstag: _____
3. Geburtsort, Kreis: _____
4. Wohnort, Straße, Haus-Nr.: _____
5. Staatsangehörigkeit: _____
6. Ausgeübter Beruf: _____
7. Haben Sie die Fähigkeit zur Bekleidung
öffentlicher Ämter durch strafgerichtliche
Verurteilung verloren? _____
8. Sind Sie wegen eines Verbrechens oder
eines vorsätzlichen Vergehens zu einer
Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten
verurteilt worden? _____
9. War oder ist gegen Sie ein Ermittlungs-
verfahren wegen eines Verbrechens oder
Vergehens anhängig? (Bejahendenfalls
sind das Gericht und das Aktenzeichen
anzugeben) _____
10. Sind Sie in Vermögensverfall geraten?
(Einleitung eines Insolvenzverfahrens?) _____
11. Besitzen Sie das Wahlrecht zu der
gesetzgebenden Körperschaft des
Landes Brandenburg (Landtag)?
(Die Frage ist zu bejahen, wenn Sie
berechtigt sind, als Wähler an den
Brandenburger Wahlen teilzunehmen.) _____
12. Sind Sie
 - a) Mitglied des Bundestages, des Europäischen
Parlaments, des Landtages des Landes
Brandenburg oder einer kommunalen
Vertretungskörperschaft (ggf. welcher)?

 - b) hauptamtlicher Richter? _____
 - c) Beamter oder Angestellter im
öffentlichen Dienst? _____

d) Rechtsanwalt, Notar oder gehören Sie zu dem Personenkreis, der fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgt, z.B. als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigter oder Rechtsbeistand?

13. Sind Sie bereits in der öffentlichen Verwaltung, in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder in einer Anstalt des öffentlichen Rechts ehrenamtlich tätig?

(Bejahendenfalls bitte Institution und Art der Tätigkeit angeben)

14. Sind Sie bereits ehrenamtlicher Richter (Schöffe)?

(Bejahendenfalls bitte Gericht [Kammer, Senat] und Dauer der Amtsperiode angeben)

15. Würden Sie für den Fall Ihrer Wahl Ablehnungsgründe aufgrund des § 23 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung geltend machen oder gemäß § 23 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung einen Befreiungsantrag stellen?

(s. hierzu beiliegenden Auszug)

(Bejahendenfalls wären die Ablehnungsgründe näher zu bezeichnen)

Ich erkläre hiermit, dass ich die umstehenden Fragen wahrheitsgemäß beantwortet habe.

Bei eventuellen Rückfragen bin ich tagsüber telefonisch zu erreichen unter

Nr.: _____

(Vollständige Unterschrift, Datum)